Stromtrassen

Christsozialer Zwist

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gerät jetzt auch in seiner Partei in die Kritik, weil er die Genehmigung für den Bau zweier Gleichstromtrassen durch sein Land ablehnt. „Bayern braucht den Windstrom aus dem Norden“, sagt Peter Ramsauer, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag. Das habe man bei der Konzeption der Energiewende 2011 „auch im Einvernehmen mit Bayern“ beschlossen. Verbunden sei damit aber „der Ausbau neuer, leistungsfähiger Stromtrassen“, so Ramsauer, „dem liegen ganz einfach physikalische und technische Gegebenheiten zugrunde“. Der bayerische Ministerpräsident hatte sich in dieser Woche einem Kompromiss im Stromtrassenstreit zwischen ihm und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) beim Koalitionsgipfel verweigert. böl, gt

Ramsauer, Seehofer

Windpark in der Nordsee

Energie

Giftiger Rostschutz

Mit dem weiteren Ausbau von Windkraftanlagen auf See werden in den kommenden Jahren Tausende Tonnen giftiger Metallverbindungen in Nord- und Ostsee eingebracht. Grund ist der Einsatz sogenannter Opferanoden. Sie sollen das Verrosten der stählernen Fundamente der Windparks verhindern. Die Opferanoden, die hauptsächlich aus Aluminium, aber auch aus Zink und Schwermetallen bestehen, lösen sich im Wasser nach und nach auf. Eine Umweltfolgenabschätzung dazu gibt es bislang nicht. Allein für den inneren Rostschutz der Stahltürme, auf denen die Offshore-Windräder montiert sind, werden über eine Lebensdauer von 25 Jahren je Turm bis zu zehn Tonnen Aluminium in das Seewasser abgegeben. Das hat die Bundesanstalt für Wasserbau errechnet. Bei einem Ausbauziel von 6500 Megawatt Offshore-Windparks bis 2020 könnte das eine zusätzliche Belastung von rund 13 000 Tonnen Aluminium für Nord- und Ostsee bedeuten. Es besteht auch die Möglichkeit, den Stahl elektrisch vor Rost zu schützen. Diese Technik ist aus der Schifffahrt bekannt, allerdings ist sie wartungsaufwendiger und damit teurer. bre

Zweiter Weltkrieg

Russen düpiert

Angehörige verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener bekommen keine Auskünfte mehr über deren Schicksal im „Dritten Reich“. Die Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden lässt seit Wochen Anfragen unbeantwortet. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hatte die Mittel für das Projekt gestrichen. Die Deutschen ließen rund drei Millionen Rotarmisten in Gefangenschaft verhungern, an Krankheiten sterben oder brachten sie auf andere Weise um. Es ist die größte Opfergruppe der Nazis nach den Juden. Die Dokumentationsstelle hat in einer Datenbank Unterlagen zu etwa 900 000 sowjetischen Kriegsgefangenen erfasst und kann häufig deren Sterbedatum und -ort sowie die Grabstelle benennen. Akten zu rund einer Million weiterer Opfer liegen in deutschen, aber auch russischen oder ukrainischen Archiven. Sowjetische Stellen hatten nach 1945 Wehrmachtsunterlagen über kriegsgefangene Rotarmisten mitgenommen. Die Datenbank registriert mehrere Hunderttausend Zugriffe pro Jahr; zudem gehen mehr als 300 individuelle Anfragen im Monat ein. Trotzdem hatte noch die schwarz-gelbe Koalition 2012 entschieden, die Finanzierung ab 2015 einzustellen. Die ursprünglichen Projektziele seien erreicht. Mehrmals appellierte Moskaus Außenminister Sergej Lawrow an die Bundesregierung, das Projekt fortzusetzen. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz (CDU) und das sächsische Wissenschaftsministerium wandten sich an Grütters. Vergebens. Nach Auskunft von Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung, genügten bis zu 200 000 Euro pro Jahr, um das Projekt fortzuführen. Ein Sprecher der Staatsministerin erklärte, man suche derzeit nach einer Lösung. klw

Sowjetische Kriegsgefangene um 1941

FOTOS: PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF (O.); MAJA HITIJ / DDP IMAGES / COMMONLENS (M.); SÜDDEUTSCHER VERLAG (U.)